

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kreisbüros 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM. bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. wöchentlich. Einzelnummern 10 Pf. Einzahlungen sind in Reichsmark zu leisten. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Die Redaktion ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Die Druckerei ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 92 — 89. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 19. April 1930

Ostern 1930.

Schärfer, erbitterter tobte diesmal der Kampf und bis in die „stillen“ Tage der Karwoche hinein drohte der Särm des wilden politischen Ringens. Und immer noch gehen die Bogen des Streites hoch, lassen kaum etwas ahnen von einem Osterfrieden. Hochspannung bleibt, weil alles weiß, daß bald nach den kurzen Ostertagen neues Ringen anheben, wieder die Kriegstrompete zwischen den Parteien aufblasen wird.

Und zwischen ihnen wird sich doch die Pilatusfrage erheben, zweifelnd, mit lesem Lächeln die Erregten freisprechend: „Was ist Wahrheit?“ In die deutsche Parteipolitik diese Frage hineinzustellen, ist deswegen heute notwendiger denn je, weil unser Ostern freudlos ist als selbst in den so freudearmen sechzehn Jahren der letzten Vergangenheit. Durch die Bauernhöfe, durch die Straßen der Städte schleicht überall das graue Gespenst hochsteigender Not wirtschaftlicher Art. Freudlos steht der Landwirt hinein in den Frühlingsbeginn, kann auch der Auferstehungsmorgen ihn nur mit geringer Hoffnung erfüllen. Freudlos sehnen sich viele, viele Hunderttausende nur nach Arbeit und können sie nicht erhalten, hören gern falschen Propheten zu und rufen über den ihr „Crucifigo!“, dem sie vor kurzen Tagen noch ein „Hosianna!“ zugejubelt hatten. Freudlos — auch wer im harten politischen Ringen jetzt Sieger geworden war, kann sich davon kaum befreit fühlen, denn der Sieg haben, die Niederlage drängen waren zu knapp, als daß eine endgültige Entscheidung erreicht ist. Und wieder tönt dazwischen die zweifelnde Pilatusfrage: Was ist Wahrheit?

Freudlos, freudlos denn je dieses Ostern 1930. Im Innern zerfleischt, von der Not geschüttelt, vom gegenseitigen Haß gegeneinander aufgeschüttelt — das ist der Hintergrund dieses Ostern. Das ist der „Frühlingsbeginn“, der neue Hoffnungen nur langsam aufkeimen lassen will. Und draußen vor der Kerkergruft, in die uns der Zusammenbruch hineinführt, stehen die Wächter und hüten den schweren Stein der uns das Auferstehen verwehren will. Vom blutenden Leibe Deutschlands rissen sie das Kleid, überschütteten mit Spott und Hohn, mit Haß und Verachtung alles, was deutschen Namen trug. Nun schauen sie argwöhnisch darauf, daß ihnen der Erfolg ihres Triumphes nicht entgehe. Und das Dunkel des Grabes umhüllt uns, kein Ostermorgen, keine Auferstehungssonne scheint diese Nacht beenden zu wollen. Freudenlose Ostern! Einem Warner gab es, einen Mahner, dessen Stimme aber nur mit Mühe das wilde Toben des politischen Kampfes zu überhören vermochte. Wenn jetzt die paar Tage der Ostertrübe — keines wirklichen Osterfriedens! — einige Stunden der Besinnung bringen, so wird vielleicht doch mancher ein Echo jener Stimme im eigenen Innern nachklingen lassen. Denn der Mann, den das deutsche Volk an seiner Spitze sieht, hat den Glauben nie aufgegeben, daran, daß auch für sein Volk doch einmal der Auferstehungsmorgen kommen wird. Aber eine innere Umkehr, ein auf sich selbst und auf die anderen Rücksicht nehmendes Bestimmen ist das erste, ist die Voraussetzung auch dafür, daß dereinst dem Deutschen ein fröhliches Ostern beschieden sein wird. „Der Deutsche ist des Deutschen größter Feind!“ — nie enthielt dieser trübe Spruch mehr an Wahrheit als heute. Innere Läuterung vermag erst nur äußerste Not einem Volke zu bringen. Noch aber sind wir alle weit entfernt von einer solchen inneren Aufrechterhaltung, einem Wandel zur Selbstbesinnung. Viel leicht — weiter denn je entfernt.

Aber sich achselzuckend damit zu begnügen, nur die Pilatusfrage zu stellen, hieße über den Szeptizismus nicht zum Handeln kommen. Niemand wird uns den Stein fortwälzen, wenn es nicht durch die eigene Kraft geschieht. Zum Handeln aber rief uns jene Stimme auf, die erfüllt ist von der Kraft einer viele Jahrzehnte umspannenden Pflichterfüllung. Sie blieb nicht erfolglos und soll es auch künftig nicht bleiben, wenn sie wieder erlöst.

Freudlose Ostern, aber doch nicht ganz hoffnungslos! Das Dunkel liegt noch auf dem Wege, den das deutsche Volk zu gehen vom Schicksal gezwungen wurde. Aber es ist uns doch ein Weg gewiesen und aus eigener Kraft müssen wir ihn gehen, einer fröhlichen, freudenspendenden Auferstehung entgegen. In Erwartung und in Hoffnung, daß sich auch dereinst am deutschen Volke der Engelspruch erfülle:

„Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.“

Auf dem Sprung.

Das begehrte Kursbuch. — Deutschland vor Gericht. Schnurige Mittel. — Deutschlands Lustherrschaft. Gibt es denn überhaupt eine schönere Lektüre, erlöst ein Buch auf der ganzen Welt, das angenehmer Gefühle auszulösen vermag als das — Kursbuch? Wenigstens dann, wenn man nicht von Berufs wegen dazu verpflichtet ist, täglich darin zu blättern, — aber sonst ist es eine Lust, das Kursbuch zu wälzen, um das Wort eines Mannes zu zitieren, der allerdings von diesem Genuß noch keine Ahnung hatte. Immerhin hat sich weder eine hohe Eisenbahnverwaltung, die dieses Buch in

Polens Beschwerde beim Völkerbund

Keine Ratifizierung der Zollfriedenskonvention?

Genf, 18. April. Wie erinnertlich, überreichte der Vertreter der polnischen Regierung vor einigen Tagen im Hinblick auf die am 21. März in Genf unterzeichnete Konvention der Zollwaffenstillstands-Konferenz dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note,

daß Polen die genannte Konvention nur werde ratifizieren können, wenn kein anderer Staat zwischen dem 1. April und dem 1. November 1930 Fülle einführt, die die Interessen der polnischen Ausfuhr verletzen könnten.

Im Hinblick darauf, daß der Deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 14. April in dritter Lesung ein Gesetz annahm, welches starke Zollerhöhungen vorsieht, hat der ständige Delegierte Polens, Solal, nun eine neue Note an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, in der es heißt:

„Nach arbeitsreichen Verhandlungen in Genf hatten die an der Konferenz zur Herbeiführung einer gemeinsamen Wirtschaftsaktion vertretenen Staaten eine Handelsübereinkunft unterzeichnet, in der sie sich verpflichteten, ihre Handelsübereinkunft auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung zu beschränken. Dagegen hat nun der Deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 14. April in dritter Lesung eine Regierungsvorlage angenommen, nach welcher sehr starke Erhöhungen der Zolltarife vorgesehen sind, die den polnischen Export treffen. Angesichts dieser Tatsache, und unter Bezugnahme auf die Unterzeichnung des am 21. März in Genf angenommenen Abkommensentwurfes, hat mich meine Regierung beauftragt, mitzutellen, daß gegenüber der Lage, wie sie bestand, als Polen unter das Handelsübereinkommen keine Unterzeichnung setzte, eine völlig neue Lage geschaffen worden sei.“

Bekanntlich ist die Genfer Übereinkunft bisher weder für Deutschland noch für Polen verpflichtend. Die Frist für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden läuft am 1. Nov. 1930 ab und erst in einer für die Zeit zwischen 1. und 15. November geplanten Konferenz soll über die Introspektion des Abkommens entschieden werden. Aber selbst, wenn die Genfer Beschlüsse schon Gültigkeit hätten, würde die polnische Regierung keinen Anlaß zum Protest haben, da der Abkommenentwurf vom 21. März 1930 keine Festlegung auf die bestehenden Zolltarife bedeutet, sondern die Staaten nur zur Mitteilung von Zollerhöhungen anhält, worauf neue Verhandlungen erfolgen sollen.

heißer Arbeit zusammenstellte, noch dieses Buch selbst sich träumen lassen, daß wichtige — manche Leute sagen sogar: wichtigste — politische Entscheidungen von den kleinen Zahlen im Kursbuch abhängen. Denn an jenem Montag, als es um das Leben und Sterben des Reichstages ging — dränend hing über ihm die dunkle Wolke, aus der der Blitz der Auflösung herniedersinken konnte, nachdem ihn schon dumpfes Donnergerölle und recht nahes Wetterleuchten angekündigt hatten — war das Kursbuch in diesem „Hohen Haus“ am Republikplatz heiß begehrt wie ein Standardpapier an der Börse, also „stark gefragt und Geld“. Bei den Parteien, die hinter der Regierung standen, ebenso wie bei der Opposition — denn sie alle hatten ihre fern vom Reichstag weilenden Fraktionsfreunde durch dringende Telegramme herangerufen. Genau so wie einst Koon sich den künftigen preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck aus Paris herantelegraphierte: „Periculum in mora! Depêchez vous!“ „Gefahr ist im Verzug! Beileben Sie sich!“ Nun wurde im Kursbuch studiert, und wurde festgestellt, wann die letzten Schnellzüge mit heranraufenden Abgeordneten in Berlin eintröfen, wie lange man die Debatte noch „streden“, die Entscheidung noch hinauszögern mußte, um einer möglichst großen Zahl der Heranbegehenden noch die Gelegenheit zur Abstimmung zu geben. Und ebenso eifrig wie die Opposition blätterte die Regierungskoalition im Kursbuch; sie „tröpfelten“ herein, die schmerzlichen Ersehten, und wohl nie sind in der Garderobe die „Spedatdel“, wie ein alter Reichstagswitz die Kopfbedeckungen der Herren Volksboten nennt, so oft gezählt und wieder gezählt worden — bis schließlich die Sirenen zur Abstimmung, zur Entscheidung riefen. Also hatte es diesmal seinen besonderen „politischen“ Zweck erfüllt, das alte Kursbuch!

Aber es standen doch überaus ernsthafte Entscheidungen hinter den etwas humoristisch anmutenden Vorkommnissen, nämlich das Schicksal des deutschen Ostens. Im Trübel jener innenpolitischen Auseinandersetzungen hat längst nicht genug Beachtung gefunden, wie das Deutschland jenseits unserer Ostgrenzen in Polen, gleich an mehreren Stellen vor Gericht um sein Daseins- und Betätigungsrecht kämpfen mußte: In Bromberg, wo man den längst aufgelösten Deutschmannbund noch nachträglich des „Hochverrats“ zeicht, und in Katowitz, wo in zweiter Instanz der „Ullis“-Projekt durchgeführt wurde. Bis nach Genf hinüber, in die Säle des Völkerbundes hinein hatte der Fall des ostoberschlesischen Sejmabgeordneten Ullis, Führer des dortigen Deutschturns, seine Wellen geschlagen und batte dort den

Gefängnisstrafen für Deutsche in Polen.

Wegen diplomatischen Hochverrats.

Wegen angeblicher staatsfeindlicher und hochverräterischer Handlungen hatten sich in Bromberg die zehn Führer des aufgelösten Deutschmannbundes für Polen und Pommerellen zu verantworten. Der Prozeß, der mehrere Tage gedauert hatte, hat weit über die Grenzen Polens hinaus Aufsehen erregt. Das Urteil wurde unter ungeheurem Andrang und großer Spannung des Publikums verkündet. Auf Grund des § 129 (Behinderung oder Abschwächung von Befehlen und Anordnungen mit ungesetzlichen Mitteln) wurden verurteilt: Studentat Heideck, Dr. Krause, Dr. Solal, Schmidt und Dobbermann zu je sechs Monaten Gefängnis, von Wisleben, Jener, Arendt zu je drei Monaten Gefängnis, Dr. Winkelhausen zu zwei Monaten Gefängnis und Fräulein Seiler zu einem Monat Gefängnis. Wegen Verbrechen gegen § 92 (Diplomatischer Hochverrat) wurden verurteilt: Studentat Heideck und Schmidt zu je sechs Monaten Gefängnis. Allen Angeklagten wurden „mildernde Umstände“ zubilligt. Von der Anklage der Spionage und des Hochverrats wurden alle Angeklagten freigesprochen. Den Angeklagten von Wisleben, Jener, Arendt, Winkelhausen und Fräulein Seiler wurde eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt.

Sowohl der Staatsanwalt, der schwere Zuchthausstrafen beantragt hatte, als auch die Verteidigung haben sich das Recht der Berufung vorbehalten.

Nicht eindrucksvoll waren die Reden der Verteidiger. Rechtsanwalt Eppler stellte u. a. fest, daß die Anklage des Staatsanwalts keine Begründung dieser Anklage gebracht hat. Schon die Anklageschrift arbeite mit Dokumenten, deren Identität nicht festgestellt ist. Daß der Deutschmannbund Verbindung mit Organisationen in Deutschland habe, sei keineswegs ein Verbrechen. Auch der Polenbund in Deutschland unterhalte sehr enge Verbindung zu offiziellen Stellen nach Polen und werde von dort subventioniert. Unter Berufung auf zahlreiche polnische Gesetzbestimmungen, Anordnungen von Behörden und selbst polnische Gerichtsurteile wies der Verteidiger ferner die vollständige Haltlosigkeit der Auffassung der Anklage in Epitons- und Antiedlerfragen sowie der Angelegenheit der deutschen Volksausfuhr und Schulmahnahmen nach.

polnischen Außenminister Jaleski zu einer Schuldigerklärung des damals noch gar nicht Verurteilten veranlaßt. Als Ullis endlich vor Gericht stand, ist diese Verurteilung erfolgt, obwohl erell beleuchtet wurde, mit welcher Gerabehu fungen die Mittel gegen die Organisation der deutschen Widerheiten gearbeitet worden war. Reutrale — nicht deutsche — Sachverständige hatten sich unbedingt gegen die Versuche gewandt, dem Abgeordneten Ullis Hochverrat aus entwendeten, „photographierten“, legt aber gar nicht mehr vorhandenen Schriftstücken nachzuweisen.

Es war ein bißchen unvorsichtig von dem damaligen Außenminister Jaleski, so in aller Öffentlichkeit die „Schuld“ des Angeklagten derart schroff zu behaupten, als unzweifelhaft hinzustellen; denn Ullis ist in der Berufungsinstantz freigesprochen worden. Ein Szenen nur: Das Gericht lehnt es ab, über den einen Kronzeugen gegen Ullis noch Gemaneres festzustellen, einfach, weil das dem Gericht bereits Bekannte vorkauf genüge, um sich ein Urteil über die „Zuverlässigkeit“ und den „Wert“ der Aussagen dieses Zeugen bilden zu können. „Das läßt tief blicken!“ sagt Sabor. In Bromberg geht es ähnlich zu und Belastungszeugen aus der „Voruntersuchung“ — die sechs Jahre dauerte — lassen den Staatsanwalt ganz elend im Stich in dem Augenblick, da sie die Finger zum Zeugniseid heben sollen. Dort wie hier wird das Tribunal zur Szene — oder da spielen sich Tragödien des Deutschturns in Polen ab, für das heute gilt, was vor 700 Jahren Balther von der Vogelweide klagte:

„Unrecht fährt auf der Stragen“.

Von jenem etwas komischen im Deutschen Reichstag, von diesem Tragischen für das Deutschturn wendet sich Deutschlands Bild zur ersten Leisung hinüber. „Graf Zeppelin“ auf hoher Fahrt, das Riesenschiff „Do X“ nach erneutem Umbau auf dem „Sprung“ nach Amerika hinüber, der Ozean nicht durch Zufall, sondern durch zielbewusste, zähe Arbeit auch in der Luft überwunden, deutsches Luftschiff und deutsches Flugzeug im Wettbewerbsringen der Völker um den Luftverkehr „ganz vorn liegend“ und neuen größeren Zielen für diesen internationalen Verkehr entgegenstehend, das alles läßt jenen Kampf gegen das Deutschturn als noch viel unwürdiger erscheinen. Mit brutalen Mitteln staatlicher Gewalt das Recht der Widerheiten niedertreten zu wollen, wirkt in dieser Zusammenstellung freilich nur als der dumpe oder laute Reid, die Mißgunst dessen, der mit der Leistungskraft des Gehäzen und Verfolgten einfach nicht mitkommt. Tr. Pr.